

Die Grenzen der Sicherheit der Volksrepublik China

Es ist erstaunlich zu beobachten, dass mit dem Aufstieg Chinas zur zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt ein Gefühl der zunehmenden Unsicherheit im Reich der Mitte einhergeht. Die Wahrnehmung, dass die nationale Sicherheitslage sich trotz der rapiden Machtvergrößerung des Landes immer weiter verschlechtert, verbreitet sich unter den politischen Eliten in Beijing. Es wird befürchtet, dass der Spielraum für eine souveräne Gestaltung der nationalen Sicherheit mit der Machtvergrößerung des Landes und damit einhergehenden zunehmenden Reibungen mit anderen Staaten immer enger werden könnte. Zu diesen Perzeptionen tragen drei Faktoren entscheidend bei, die ihrerseits die unübersehbaren Grenzen der nationalen Sicherheit Chinas in einer globalisierten Welt deutlich veranschaulichen: Die „Rückkehr“ der Vereinigten Staaten nach Asien, die Zuspitzung der Spannungen mit Japan und die tickende Zeitbombe Nordkorea.

Die „Rückkehr“ der USA nach Asien

Die Erwartung, dass die Wiederherstellung einer traditionellen Vormachtstellung Chinas automatisch eine Reduzierung der amerikanischen Einflussnahme auf das pazifische Asien herbeiführen könnte, hat sich für die Chinesen als eine Utopie erwiesen. Washington lässt unmissverständlich erkennen, die Rolle der Ordnungsmacht in der Region weiterhin allein spielen zu wollen. In der Tat zeigen sich die Vereinigten Staaten unter der Führung von Präsident Obama entschlossen, ihre Präsenz im asiatisch-pazifischen Raum zu verstärken. Die Regierung Obama kündigte erst 2012 an, in den kommenden Jahren eine sogenannte „Umstrukturierungsstrategie“ (*rebalancing*) in die Praxis umzusetzen, mit dem Ziel, die zuvor angekündigte Politik der „Rückkehr nach Asien“ mit Inhalten zu füllen.

US-Verteidigungsminister Leon Panetta sprach im Juni 2012 auf einer Sicherheitskonferenz in Singapur von einer Umstrukturierung der Kapazitäten der amerikanischen Seestreitkräfte vom jetzigen Verhältnis von 50:50 in ihrer Verteilung zwischen Pazifik und Atlantik auf 60:40 zugunsten des pazifischen Asiens. Auch wenn Panetta ausdrücklich darauf hinwies, dass dieser Verschiebungsplan nicht gegen China gerichtet sei und China auch von einem verstärkten Engagement der USA für die Sicherheit in der Region profitieren könne, dürfte sich die Führung in

Beijing darüber im Klaren sein, was diese verstärkte Militärpräsenz der USA für die Sicherheit der Volksrepublik China bedeutet. Allein die Rechnung, dass in Zukunft sechs von insgesamt elf Flugzeugträger-Verbänden der US-Flotte im asiatisch-pazifischen Raum stationiert sein sollen, dürfte sie erheblich beunruhigen (Glaser 2012).

In der Tat bleiben die Vereinigten Staaten mit der Stationierung von etwa 100.000 Soldaten im Rahmen von bilateralen Bündnisverträgen insbesondere mit Japan, Südkorea und Australien eine mächtige westpazifische Macht. Die Erweiterung des US-australischen Bündnisvertrags im Jahr 2012 demonstriert die Entschlossenheit von Washington, den Ordnungsmachtstatus der Vereinigten Staaten im asiatisch-pazifischen Raum verstärkt auszubauen. Keiner der Mächte in der Region verfügt heute über eine reale Chance, gegen den Willen von Washington die vorhandenen Machtverhältnisse mit Gewalt zu verändern. Dies gilt auch für die Volksrepublik China, auch wenn Beijing die Vormachtstellung der USA in seiner Heimatregion nie offiziell anerkannt hat.

Es hat jedoch den Anschein, dass die Volksrepublik China bereit ist, sich mit einer langfristigen Präsenz der USA im chinesischen Umfeld abzufinden. Im Februar 2012, kurz vor seiner Abreise in Richtung USA, erklärte Xi Jinping, seinerzeit noch Vize-Präsident der Volksrepublik China, dass sein Land eine aktive Rolle der USA in Asien-Pazifik begrüße, wenn sie konstruktiv zum Frieden, zur Stabilität und zur Prosperität der Region beitrage. „Der Pazifik“, so Xi zuversichtlich, „ist groß genug, um die zwei großen Nationen China und Amerika zu beherbergen.“ (Xinhua 2012) Gleichzeitig gab er zu verstehen, dass von den USA erwartet wird, wichtige Anliegen und Interessen asiatisch-pazifischer Staaten zu respektieren und entsprechend zu handeln.

Diese Politik eines *Modus Vivendi* gegenüber den USA ist teilweise auf die pragmatischen Überlegungen zurückzuführen, dass die Militärpräsenz der USA auch dem chinesischen Interesse an einer Verhinderung der Wiederbelebung des japanischen Militarismus dienen könne. Die Erwartung, dass es sich dank des amerikanischen Militärschutzes für Tokio erübrigt, eigene Streitkräfte stark aufzubauen, erleichtert es Beijing, die US-Truppen in Ostasien zu akzeptieren.

Jedoch wurde diese optimistische Erwartung erschüttert, als Präsident Obama am 2. Januar 2013 das Gesetz zur Beilegung des Haushaltsstreites unterzeichnete, das eine Japan in Schutz nehmende Klausel beinhaltet. Diese bestätigt die Anwendbarkeit des US-japanischen Bündnisvertrags auf den territorialen Streit um die Diaoyu-Inseln und verpflichtet die US-Regierung praktisch, Japan militärischen Beistand zu leisten, wenn ein bewaffneter Konflikt zwischen japanischen und chinesischen Streitkräften ausbrechen sollte.

In der Tat verfügt die Volksrepublik China noch nicht über ausreichende Militärkapazitäten, um die amerikanische Supermacht zum Abzug aus der Region zu zwingen. Trotz forciertem Modernisierung der chinesischen Streitkräfte, vor allem mit Hilfe von Waffenimporten aus Russland, bleibt die Volksrepublik noch eine kontinentale Macht. Es fehlen ihr die vergleichbaren Kapazitäten, um der mächtigen Seemacht USA Paroli zu bieten. China verfügt zwar seit 2012 über einen Flugzeugträger. Jedoch dient dieses aus einem alten Flugzeugträger der ehemaligen Sowjetunion umgebaute Waffensystem vorerst offenbar nur als eine Übungsplattform zu Trainingszwecken.

Noch einleuchtender für die chinesische „Abfindungspolitik“ gegenüber der amerikanischen Militärpräsenz in Asien-Pazifik erscheint jedoch die Beobachtung, dass die Chinesen sich gegenwärtig noch nicht mit den Amerikanern anlegen wollen. Unter den politischen Eliten in Beijing setzte sich die Einsicht schon längst durch, dass China sich eine offene Konfrontation mit den USA noch nicht leisten kann. Dies bedeutet aber auch nicht einen Umkehrschluss. Eine klare Strategie, die deutlich auf einen zeitlichen Aufschub der Konfrontation mit den USA abzielt, lässt sich aufgrund der verfügbaren Informationen und Forschungsergebnisse nicht erkennen. Allerdings mehren sich die Anzeichen dafür, dass diese Ansicht sich mit der von Präsident Obama vorangetriebenen Politik der Rückkehr der USA nach Asien drastisch ändern könnte. In der Tat sind in der chinesischen Öffentlichkeit die Stimmen nach einer Aufgabe der früh von Deng Xiaoping formulierten Politik „low profile“ (*tao guang yang hui*) immer lauter geworden. Diese im Kern durch Passivität gekennzeichnete Strategie, die die chinesische Außen- und Sicherheitspolitik 30 Jahre lang zur Ausübung von Zurückhaltung und Umsicht verpflichtet hat, zu revidieren, gewinnt immer mehr an Unterstützung, insbesondere unter den jüngeren Generälen und Intellektuellen, die die US-Militärpräsenz im Umfeld Chinas eher als Bedrohung denn als Chance wahrnehmen (Luo 2013).

Dennoch dominiert bei den Eliten im Land noch die Auffassung, dass China nichts Schlimmeres widerfahren könnte, als sich mit den Vereinigten Staaten in einer entscheidenden Kraftprobe zu messen, bevor es sein ambitioniertes Modernisierungsprogramm vollendet hat. Die wahrgenommene Gefahr, dass ein gegenüber China feindselig eingestelltes Amerika den Nationaltraum von einem „reichen und starken Staat“ vorzeitig zunichtemachen könnte, veranlasst die chinesische Regierung nach wie vor zu einem vorsichtigen Kurs gegenüber den Vereinigten Staaten. Die Vermutung, dass Beijing einen „Showdown“ mit den Vereinigten Staaten zu gegebener Zeit anstrebe, ist zwar in bestimmten Kreisen der Chinabeobachter verbreitet, bleibt jedoch reine Spekulation (Gu 2013).

Offenbar will die neue chinesische Führung unter Generalsekretär Xi Jinping am „Testament“ von Deng Xiaoping festhalten, wonach China sich auf die Aufgabe des wirtschaftlichen Aufbaus konzentrieren und sich der Versuchung entziehen sollte, eine internationale Führungsrolle gegen die Vereinigten Staaten zu spielen. Das Primat der Wirtschaft und Modernisierung, dem die Außen- und Sicherheitspolitik bedingungslos zu dienen hat, genießt nach wie vor politische Priorität. Diese Politik wurde auch nach dem Tod von Deng Xiaoping im Jahr 1997 und dem Abdanken von Jiang Zemin im Jahre 2003 von der sogenannten vierten Generation der politischen Führung unter Generalsekretär und Staatspräsident Hu Jintao fortgesetzt. Die gleiche politische Pietät ist ebenfalls bei dem auf Hu gefolgten Xi Jinping zu beobachten.

Unmittelbar nach der Amtsübernahme als Parteichef demonstrierte Xi seinen Willen, den politischen Kurs von Deng Xiaoping fortzusetzen. Um diese Entschlossenheit zu demonstrieren, scheute er nicht, Dengs inzwischen legendär gewordene Inspektionsreise nach Südchina im Jahre 1992 nachzuahmen, die damals den Reformgeist der Nation vor dem Hintergrund der internationalen Isolation aufgrund der brutalen Niederschlagung der Studentenbewegung am Tiananmen-Platz wirkungsvoll wiederbelebt hatte. 20 Jahre später, im Dezember 2012, erlebte China den 59-jährigen Xi wie einen Deng 2.0, der die Nation zur mutigen innenpolitischen Reform und umsichtigen außenpolitischen Adjustierung ermahnte. Was ihn aber von Deng unterscheidet, ist seine offene Aufforderung an die Volksbefreiungsarmee, „jeder Zeit bereit [...], Kriege zu führen, und zwar siegreich“ (Renmin Ribao 2013).

Spannungsverhältnis gegenüber Japan

Die Grundeinstellung der Chinesen gegenüber Japan wird durch eine Mischung aus Bewunderung und Abneigung geprägt. Bewundert wird das Tennoreich von den Chinesen vor allem durch seine Fähigkeit, das Land technologisch und institutionell zu modernisieren und dadurch dem Wohlstand der Bevölkerung eine nachhaltige Grundlage zu geben. Dass das kaiserliche Japan es als das einzige größere Land Asiens (wenn man vom Königreich Thailand absieht) geschafft hatte, sich dem Schicksal der Kolonialisierung durch die europäischen Mächte im 19. und 20. Jahrhundert zu entziehen und sich in die führenden Nationen der Welt einzureihen, beeindruckte die Chinesen zutiefst.

Zugleich herrscht eine starke Abneigung im Reich der Mitte gegen seinen Inselnachbarn. Dass Japan im Zuge seines Modernisierungsprozesses die Europäer nachahmte und seine asiatischen Nachbarländer mit noch brutaleren Methoden kolonia-

lisierte, verabscheuten die Chinesen. Insbesondere die Expansionspolitik, die die japanischen Regierungen in den Jahren von 1931 bis 1945 gegenüber China systematisch betrieben hatten, hinterließ bei der chinesischen Bevölkerung eine kollektive Erinnerung an Japan als ein raffgieriges, undankbares, snobistisches und aggressives Land, dem man nur bedingt vertrauen kann. Trotz massiver Entwicklungshilfe an China im Laufe der letzten 30 Jahren ist es Japan nicht gelungen, sein Image bei den Chinesen wesentlich zu verbessern.

Die hartnäckige Verweigerung der japanischen Elite, die dunklen Kapitel in der Geschichte ihres Landes unter der Herrschaft des Militarismus vor und während des Zweiten Weltkrieges systematisch aufzuarbeiten, dürfte der Hauptgrund für den Unwillen vieler Chinesen sein, den Japanern für die Gräueltaten ihrer Vorfahren in China zu verzeihen. Dass sie heute bei territorialen Streitigkeiten mit Japan besonders empfindlich und häufig leicht reizbar erscheinen, ist im Wesentlichen auf diese historischen Erfahrungen zurückzuführen. Dies gilt auch für die aktuellen Reaktionen der Chinesen auf die Entscheidung der japanischen Regierung zum „Kauf“ der umstrittenen Inselgruppe „Diaoyu“ (Japanisch: Sinkakku) durch den japanischen Staat im September 2012.

Für Beijing wurde die chinesische Souveränität über die Inselgruppe – die China nach der Niederlage im Japanisch-Chinesischen Krieg 1894/94 an Japan verloren hatte – schon im Rahmen der Nachkriegsordnung 1945 wiederhergestellt. Als ein Verlierer des Zweiten Weltkrieges habe Japan das kolonisierte Taiwan mit seinen umliegenden Inseln inklusive der Diaoyu-Inselgruppe an China zurückgegeben und daher in diesem Gebiet nichts mehr zu suchen. Jeder Anspruch seitens Tokios auf Territorien, die von Japans Kolonialherrschaft befreit wurden, wird von Beijing als revisionistische Anmaßung zurückgewiesen. Der Appell Chinas an die Vereinigten Staaten, die mit ihm gemeinsam als Alliierte gegen das militaristische Japan gekämpft hatten, zur Unterbindung jeglicher Infragestellung der Nachkriegsordnung, steht im Einklang mit diesem historischen Bewusstsein, in dem Japan als ein früherer Kolonialbesitzer der umstrittenen Insel keinen Platz hat.

Aber weder historische noch völkerrechtliche Argumente haben die Kraft, den Konflikt zu entschärfen. Im Gegenteil beobachtete man in den ersten Monaten des Jahres 2013 eine ständige Zuspitzung des Konfliktes. Auch wenn offensichtlich keine der beiden Seiten eine militärische Austragung des Konfliktes will, treiben ihre Maßnahmen und Gegenmaßnahmen die zweit- und die drittgrößte Volkswirtschaft an den Rand eines Krieges. Chinesische Kampfflugzeuge vom Typ J10 und J7 drangen am 10. Januar 2013 in den Luftraum über den umstrittenen Inseln ein, um Japan zu demonstrieren, dass die Praxis der japanischen „Selbstverteidigungs-

kraft“ (SDF), seit Wochen dort patrouillierende Flugzeuge der chinesischen Küstenverwaltungen mit Kampffjets F-15 einzuschüchtern, nicht mehr geduldet wird.

In der Tat kann die Eigendynamik der politischen Konfrontation nicht unterschätzt werden. Für eine mögliche Entgleisung solcher emotionaler Störungen sprechen die Kompromisslosigkeit, mit der die japanische Regierung auf die Souveränität Japans über die umstrittenen Inseln pocht, und die Entschlossenheit, mit der die chinesische Regierung Japan zur Akzeptanz der Existenz eines Territorialstreites zwischen den beiden Staaten zwingt. Tokio lehnt es jedoch entschieden ab, die Zukunft der territorialen Zugehörigkeit der Inseln zu einem Verhandlungsthema zu machen. Es ist daher nicht auszuschließen, dass die zunehmende Intensivierung von Reibungen zwischen chinesischen und japanischen Kriegsschiffen und Kampfflugzeugen im Ostchinesischen Meer zu einem militärischen Zusammenstoß führen könnte. Beijing wünscht sich, dass Washington sich komplett aus dem chinesisch-japanischen Inselstreit heraushält, was aber angesichts des amerikanisch-japanischen Bündnisvertrags unrealistisch erscheint. In der Tat fungiert die Allianz zwischen Washington und Tokio aus der Sicht von Beijing als eine unangenehme Einschränkung der chinesischen Sicherheit, die es langfristig zu überwinden gilt.

Die tickende Atombombe Nordkorea

Am 12. Februar 2013 führte das Regime Nordkoreas seinen dritten Atomwaffentest durch. Der Sohn des am 17. Dezember 2011 verstorbenen „Großen Führers“ Kim Jong-il, Kim Jong-un, gibt seither unmissverständlich zu verstehen, dass er den politischen Kurs seines Vaters fortsetzen will. Die kommunistische Herrscherfamilie betrachtet nämlich den Besitz von Atomwaffen als die beste Abschreckung der USA vor einem potenziellen Angriff und damit als die beste Garantie für die Sicherheit ihres „lieben Vaterlandes“.

Mit den Vereinigten Staaten, in deren Sicherheitskalkulation die Antiverbreitungspolitik von Atomwaffen eine zentrale Rolle spielt, teilt die Volksrepublik China das Interesse, die koreanische Halbinsel von nuklearen Waffen frei zu halten. Aus chinesischer Sicht würde sich die Sicherheitslage Chinas drastisch verschlechtern, wenn in seiner unmittelbaren Umgebung nach Indien und Pakistan auch Nordkorea in den Besitz von militärisch einsetzbaren Atomwaffensystemen gelangen sollte. Chinas Angst vor einer möglichen nuklearen Verseuchung der Halbinsel begründet sich jedoch weniger darin, dass Pjöngjang seine Atombomben auf China richten könnte. China befürchtet, dass der amerikanisch-nordkoreanische Konflikt dadurch entgleisen und als Folge die Halbinsel wieder in Instabilität geraten könnte.

China, das sich voll auf seine Modernisierungsarbeiten konzentrieren will, hat nicht das geringste Interesse daran, wieder in einen Krieg verwickelt zu werden, weder als Verbündeter von Pjöngjang noch als Freund von Washington. Die Vorstellung, dass China sich auch im Falle von Neutralität den negativen Auswirkungen eines zweiten Koreakrieges oder eines Zusammenbruchs des nordkoreanischen Regimes nicht entziehen kann, erhöht die Abneigung der politischen Führung in Beijing gegen die atomaren Ambitionen ihrer Genossen in Pjöngjang, da diese den Amerikanern einen Anlass zum Angriff liefern könnten. Beijing fühlt sich schon heute belastet durch Flüchtlingswellen, die durch die in Nordkorea andauernde Hungersnot ausgelöst wurden.

Die chinesische Ablehnung des nordkoreanischen Atomprogramms beruht auch auf der Sorge um einen Dominoeffekt, den ein nuklear bewaffnetes Nordkorea in Ostasien in Gang setzen könnte. Es ist aus chinesischer Sicht schwer vorstellbar, dass Japan ruhig bleiben würde, wenn das Land sich durch nordkoreanische Atombomben bedroht fühlte. Auch Taiwan würde nicht passiv bleiben und versuchen, das nukleare Tabu, das die USA ihm bislang verhängt haben, zu brechen. Sowohl Japan als auch Taiwan verfügen nach internationalen Beobachtern über ausreichende Kapazitäten zur Herstellung von einsetzbaren Nuklearwaffen, eine Tatsache, die auch von den Regierenden in Tokio und Taipeh nicht dementiert wurde.

Für China wäre es eine sicherheitspolitische Katastrophe, wenn es in Asien-Pazifik gleichzeitig mit zwei verbündeten Nuklearmächten konfrontiert wäre: den USA und Japan, das bis jetzt den amerikanischen Atomschutz genießt. Noch größer wäre das Desaster für die Chinesen, wenn Taiwan eine Atommacht würde. Eine nukleare Bewaffnung Taiwans würde die Basis der Abschreckungsstrategie Chinas gegenüber der als abtrünnige Provinz angesehenen Insel völlig aushöhlen. Die Strategen in Beijing scheinen nicht die Naivität zu besitzen, daran zu glauben, dass Taipeh, mit Vergeltungswaffen in der Hand, seinen Unwillen gegen eine Wiedervereinigung mit dem Mutterland verkleinern würde.

Fazit

Trotz der atemberaubenden Machtvergrößerung der Volksrepublik China unterliegt ihre Sicherheit erheblichen Einschränkungen durch das forcierte Militäengagement der USA im asiatisch-pazifischen Raum, die dramatische Verschlechterung der chinesisch-japanischen Beziehungen und die zunehmende Unberechenbarkeit Nordkoreas. Diesen drei sicherheitspolitischen Herausforderungen zu begegnen, dürfte den Focus der chinesischen Außen- und Sicherheitspolitik der neuen Regierung Xi Jinping bilden. Zu erwarten ist jedoch kein politischer Kurs, der auf Konfrontation

und Gewaltanwendung ausgerichtet wäre. Es herrscht vielmehr der Eindruck, dass China sich gegenwärtig von seiner zentralen Aufgabe, dem Wirtschaftsaufbau, durch kein außenpolitisches Abenteuer ablenken lassen will, auch wenn diese Aufgabe vor dem Hintergrund der zunehmenden Reibungen mit den USA und den Nachbarstaaten viel schwieriger geworden ist. Xi und seine Mitarbeiter lassen erkennen, dass eine Konfrontation mit den USA bzw. eine Aufkündigung des mühsam erreichten *Modus Vivendi* mit Washington keine Option für die chinesische Außen- und Sicherheitspolitik darstellt. In diesem Sinne bleibt die etwa zehn Jahre alte Beobachtung des amerikanischen Politikwissenschaftlers und China-Experten Alastair Iain Johnston nach wie vor gültig: „The Chinese leadership does not appear to wish to pay much in terms of its economic development interest or its relationship with the United States. In other words, the wish to be richer and more powerful has not translated into a concerted military effort to replace the United States as the predominant state regionally or globally” (Johnston 2003: 56).

Literatur

- Glaser, Bonnie, 2012: US-China Relations: Creating a New Type of Major Power Relations, in: Comparative Connections. A Triannual E-Journal on East Asian Bilateral Relations (September 2012), 1-13.
- Gu, Xuewu, 2013: Zhongguo waijiao xuyao taiguang yanghui 2.0 (Chinas Diplomatie braucht ein “Low Profile 2.0”), in: Nanfeng Chuang (South Review) 3-2013, 24-26.
- Johnston, Alastair Iain, 2003: Is China a Status Quo Power?, in: International Security 27 (4), 56.
- Luo, Yuan, 2013: Wu yuanmei youri, ying qizhixuanming la e han wuidu riben (Eine klare Allianzpolitik gegenüber Russland und Südkorea wäre die beste Strategie gegen die USA und Japan), in: Global Times Online, <http://mil.huanqiu.com/paper/2013-02/3615208.html> (Stand: 2.2.2013).
- Renmin Ribao, 2013: Bericht über die Reden von Xi Jinping vor Militäreinheiten, in: Renmin Ribao (Volkszeitung), <http://politics.people.com.cn/n/2013/0129/c1024-20366407.html> (Stand: 30.1.2013).
- Xinhua, 2012: Bericht von Xinhua vom 13. Februar 2012, http://www.gov.cn/ldhd/201202/13/content_2065584.htm (Zugriff: 9.1.2013).

Korrespondenzanschrift:

Prof. Dr. Xuewu Gu
Center for Global Studies (CGS)
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
Walter-Flex-Strasse 3
53113 Bonn
E-Mail: xuewu.gu@uni-bonn.de